



**Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter**

Jahresbericht Türkei 2017

Im März 2017 veröffentlichten die Vereinten Nationen (UN) erstmals einen Bericht zu der Vertreibung von ca. 500.000 Menschen aus dem Südosten des Landes. Zwischen Juli 2015 und Dezember 2016 war die Gewalt zwischen der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und dem Militär wieder aufgeflammt und hatte eine Massenflucht verursacht. AI hatte zuvor zu der Thematik berichtet und Vorwürfe und Zurückweisung von der türkischen Regierung erhalten. Der UN-Bericht bestätigt jedoch die Feldrecherchen von AI und anderen NGOs und berichtet über die Anwendung von exzessiver Gewalt, darunter die Verhängung von Ausgangssperren, die Zerstörung von Eigentum oder die Vertreibung der Zivilbevölkerung. Sicherheit dürfe nicht als Begründung genommen werden, um Menschenrechtsverletzungen dieser Art zu rechtfertigen. Die Militäreinsätze wurden als eine Kollektivbestrafung der gesamten Bevölkerung des Südostens bezeichnet. Die Gewalt konzentrierte sich vor allem auf die Städte Diyarbakir, Cizre und Nusaybin, wo ganze Stadtteile zerstört wurden.

Im April hatte sich der Europarat dafür ausgesprochen, die „Handlungsfähigkeit der demokratischen Institutionen“ in der Türkei zu überwachen. Vor allem die Inhaftierung von 120 Journalisten und tausenden Personen nach Ende des Versuchs eines Militärputsches hatten den Europarat, von dem die Türkei ein Teil ist, dazu bewogen den Schritt zu gehen. Zuvor war die Türkei lediglich dazu genötigt, nach einer Überwachungsphase in Dialog zu treten.

2017 wurde der Istanbul Pride March zum dritten Mal in Folge verboten. Am Tag zuvor hatten Polizisten unnötige und exzessive Gewalt gegen Personen angewandt, die das Demonstrationsverbot missachten wollten. Der March hatte jahrelang ohne Vorfälle stattgefunden und zog zehntausende Menschen an. Er war der größte seiner Art zu Unterstützung von LGBT-Gemeinde in der Türkei.